



AGGM Austrian Gas Grid Management AG

Stellungnahme der AGGM zur Gas-Marktmodell-Verordnung Novelle 2016

Stellungnahme der AGGM zur Gas-Marktmodell-Verordnung Novelle 2016

Die AGGM bedankt sich für die Möglichkeit, zur Novelle 2016 der Gas-Marktmodell-Verordnung Stellung nehmen zu dürfen. Aufgrund ihrer Funktion nimmt die AGGM ausschließlich zu Regelungen Stellung, die sie in ihrer Tätigkeit als Verteilergebietsmanager betreffen.

13 Abs 2b

Die Abwicklung des Netzzugangs gemäß § 16 und § 17 erfolgt anhand folgender Prioritätenklassen, wobei die Zuordnung der Kapazitäten in der jeweiligen Prioritätenklasse pro rata erfolgt:

- 1) Netzbenutzer mit einem aufrechten Antrag auf Kapazitätserweiterung gemäß § 13, ausgenommen Endkunden;*
- 2) Erzeuger von biogenen Gasen;*
- 3) Produzenten;*
- 4) Speicherunternehmen.*

Begründung

Unseres Erachtens ist es erforderlich, die Prioritätenreihenfolge im Rahmen der jährlichen Buchung gemäß §§ 16 und 17 GMMO-VO klarzustellen.

13 Abs 2c

Als wirtschaftlich gleichwertige Vermarktung der Kapazität gemäß § 16 Abs. 1 und 1a und § 17 Abs. 1 gilt die Vermarktung von Kapazitäten im Rahmen der Abwicklung des Netzzugangs gemäß § 16 und § 17 im Verteilergebiet, wobei die Reduktion der jährlichen Buchung nur in jenem Umfang möglich ist, in dem Kapazitätsbedarf der Marktteilnehmer gemäß § 13 Abs. 2b besteht.

Begründung

Zur Erhöhung der Rechtssicherheit ist es unseres Erachtens erforderlich, den Ausdruck „wirtschaftlich gleichwertige Vermarktung“ zu definieren.

§ 16 Abs 1

Speicherunternehmen vereinbaren einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Speichereinrichtung angeschlossen ist (oder angeschlossen werden soll), die für die Ein- und Ausspeicherung maximal vorzuhaltende Kapazität. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Kommen Speicherunternehmen der Aufforderung der Netzbetreiber zur Kapazitätsbuchung nicht ~~bis 31.10. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr innerhalb der von den Netzbetreibern gesetzten angemessenen Frist~~ nach, ist die zuletzt gebuchte Kapazität des jeweiligen Speicherunternehmens für das Folgejahr zugrunde zu legen. Die Kapazitätsbuchung ist vom Netzbetreiber an den Verteilergebietsmanager zur Prüfung bis 07.11. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr weiterzuleiten. Der Verteilergebietsmanager hat das Ergebnis der Kapazitätsprüfung dem Netzbetreiber bis 01.12. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu übermitteln. Eine Reduktion von mehr als zehn Prozent der jährlichen Buchung gegenüber der zwischen dem Speicherunternehmen und dem Netzbetreiber für das betroffene Jahr vereinbarten Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem diese Kapazität wirtschaftlich gleichwertig vermarktet werden kann. Bei ausschließlich von einem einzelnen Speicherunternehmen initiiertem Kapazitätserweiterungsprojekt ist eine Reduktion der jährlichen Buchung nur nach Maßgabe des Kapazitätserweiterungsvertrags möglich. Eine Erhöhung der jährlichen Buchung gegenüber der vorgehaltenen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 13 möglich.

Begründung

Zur Erhöhung der Planungs- und Rechtssicherheit soll für die jährliche Buchung gemäß § 16 GMMO-VO ein klarer Prozess mit festen Fristen zur Informationsweitergabe vorgesehen werden.

§ 17 Abs 1

*Produzenten und Erzeuger von biogenen Gasen vereinbaren einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber an deren Netz deren Anlage angeschlossen ist (bzw. angeschlossen werden soll) die maximal für die Produktion vorzuhaltende Kapazität. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Kommen Produzenten und Erzeuger von biogenen Gasen der Aufforderung der Netzbetreiber zur Kapazitätsbuchung nicht **bis 31.10. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr innerhalb der von den Netzbetreibern gesetzten angemessenen Frist** nach, ist die zuletzt gebuchte Kapazität des jeweiligen Produzenten bzw. Erzeugers von biogenen Gasen für das Folgejahr zugrunde zu legen. **Die Kapazitätsbuchung ist vom Netzbetreiber an den Verteilergebietsmanager zur Prüfung bis 07.11. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr weiterzuleiten. Der Verteilergebietsmanager hat das Ergebnis der Kapazitätsprüfung dem Netzbetreiber bis 01.12. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr zu übermitteln.** Eine Reduktion von mehr als zehn Prozent der jährlichen Buchung gegenüber der dauerhaft vorzuhaltenden Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem diese Kapazität wirtschaftlich gleichwertig vermarktet werden kann. Eine Erhöhung der jährlichen Buchung gegenüber der vorgehaltenen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 13 möglich.*

Begründung

Zur Erhöhung der Planungs- und Rechtssicherheit soll für die jährliche Buchung gemäß § 17 GMMO-VO ein klarer Prozess mit festen Fristen zur Informationsweitergabe vorgesehen werden.

§ 31 Abs 2

Ergänzung:

Die Ausgleichsenergieanbieter haben in Abstimmung mit dem Bilanzgruppenkoordinator und dem Verteilergebietsmanager mindestens einmal jährlich Testangebote verpflichtend abzuwickeln.

Begründung

Aus Sicht der AGGM ist es in Analogie zu § 12 Abs 2 Energielenkungsdaten-Verordnung erforderlich, mindestens einmal jährlich Tests durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Flexibilitätsprodukte im Bedarfsfall auch operativ abgewickelt werden können.

§ 37 Abs 3

*Der Bilanzgruppenverantwortliche bewirkt die Übergabe der erforderlichen Gasmengen, die seiner Bilanzgruppe zur Versorgung der Kunden in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg sowie für die Ausspeisung an Grenzkopplungspunkten zugeordnet sind, am Virtuellen Handelpunkt des angrenzenden vorgelagerten Marktgebietes im Umfang der Endverbraucherfahrpläne sowie der Fahrplananmeldungen für Grenzkopplungspunkte je Bilanzgruppe aus seinem korrespondierenden Bilanzkreis oder Subbilanzkonto in den Bilanzkreis des Bilanzgruppenkoordinators. **Der Bilanzgruppenverantwortliche berücksichtigt dabei allfällige seiner Bilanzgruppe zugeordnete Einspeisungen an Grenzkopplungspunkten und stellt sicher, dass die Differenz zwischen den Einspeisungen an Grenzkopplungspunkten und der Summe aus den Gasmengen, die seiner Bilanzgruppe zur Versorgung der Kunden in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg sowie für die Ausspeisung an Grenzkopplungspunkten zugeordnet sind, zu keinem Zeitpunkt größer als 0 ist.***

Begründung

Aus Sicht der AGGM ist es nicht ausreichend, dass in den Erläuterungen auf die Unmöglichkeit einer physikalischen Gaslieferung aus den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg in das vorgelagerte Marktgebiet „NetConnect Germany“ hingewiesen wird. Unseres Erachtens muss ein eindeutiges

Verbot einer solchen Rücklieferung auf Bilanzgruppen-Ebene in der GMMO-VO verankert werden, um mögliche Missverständnisse jedenfalls auszuschließen.

§ 47 Abs 11

§ 24 Abs. 6, § 29 Abs. 5, § 32 Abs. 4 und 6, § 35 Abs. 1 und 2, § 36 Abs. 3, § 37 Abs. 3, 4 und 8, § 41 Abs. 1 und 11, § 43 Abs. 1, 3, 4 und 5, § 44 Abs. 1, 2, 4 und 6 und § 45 Abs. 1 und 4 sowie Anlage 2 Punkt 3 und 4 in der Fassung der GMMO-VO Novelle 2016, BGBl. II Nr. XXX/2016, treten mit 01.10.2016, 6.00 Uhr, in Kraft. **§ 27 Abs. 9, § 31 Abs. 1, 2, 7a, 8, 11 und 12 treten mit 01.04.2017, 6.00 Uhr, in Kraft.** Alle übrigen Bestimmungen dieser Novelle treten mit 01.01.2017, 6.00 Uhr, in Kraft.

Begründung

Nach Schätzung der AGGM sind für die Umsetzung der erforderlichen Anpassungen der AGGM-IT-Systeme etwa 6 Monate ab In-Kraft-Treten der GMMO-VO Novelle erforderlich.

Anlage 1 Punkt III 1. (3) GMMO-VO

*Der Verteilernetzbetreiber und der Verteilergebietsmanager sind erst dann zur Stattgebung des Antrages und Gegenfertigung des Kapazitätserweiterungsvertrages verpflichtet bzw. sind der Verteilernetzbetreiber und die vorgelagerten Netzbetreiber sowie der Verteilergebietsmanager erst dann verpflichtet, die notwendigen Ausbaumaßnahmen zu tätigen, wenn der Antragsteller den Kapazitätserweiterungsvertrag innerhalb ~~der ihm durch den Verteilernetzbetreiber und dem Verteilergebietsmanager gesetzten Frist~~ von 6 Monaten nach **Genehmigung der Langfristigen Planung durch die Regulierungsbehörde** rechtsgültig unterschrieben hat und den im Kapazitätserweiterungsvertrag genannten Bedingungen – wie z. B. dem Erlag von Sicherheitsleistungen – fristgerecht nachgekommen ist. **Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, dem Antragsteller den mit dem Verteilergebietsmanager abgestimmten Kapazitätserweiterungsvertrag innerhalb eines Monats nach Genehmigung der Langfristigen Planung durch die Regulierungsbehörde zur Verfügung zu stellen.** Bei nicht fristgerechter, rechtsgültiger Unterzeichnung des Kapazitätserweiterungsvertrags oder bei nicht fristgerechter Erfüllung der im Kapazitätserweiterungsvertrag genannten Bedingungen verliert der Kapazitätserweiterungsantrag seine Wirksamkeit.*

Begründung

Nach rechtskräftiger Genehmigung der Langfristigen Planung, in der ein Kapazitätserweiterungsantrag berücksichtigt wurde, ist zwischen dem Verteilernetzbetreiber, dem Verteilergebietsmanager und dem Antragsteller ein Kapazitätserweiterungsvertrag binnen 6 (sechs) Monaten abzuschließen. Andernfalls treten die Rechtsfolgen gemäß Anlage 1 Punkt III 1. (3) GMMO-VO ein. Um dem Antragsteller ausreichend Zeit zur Prüfung des Kapazitätserweiterungsvertrags einzuräumen, sollen der Verteilernetzbetreiber und der Verteilergebietsmanager verpflichtet werden, einen entsprechenden Kapazitätserweiterungsvertrag abzustimmen, den der Verteilernetzbetreiber dem Antragsteller binnen eines (1) Monats zur Verfügung zu stellen hat.

AGGM Austrian Gas Grid Management AG
Wien, 28. Juni 2016